

SAFER WORLD is a private independent international internet information network
www.safer-world.org

newsletter 74 / 03. 12. 2004

AKTIV

1) Weihnachts - Aktion zum Mitmachen:

Es gibt einen Flyer zum Thema "Handy zu Weihnachten? **"Strahlende" Weihnachten - Verschenkte Krankheit!**

Flyer per email-attachment ueber Scherrmann@safer-world.org

2) Vom CSN (Chemical Sensitivity Network):

Weihnachten soll nicht schmerzen! Protestaufruf gegen Kampagne "Duftende Briefkaesten".

Wir bitten als Organisation für Allergiker und Chemikaliensensible um Ihre Mithilfe.

Durch die Pressemitteilung der Deutschen Post AG und Fernsehwerbung erfuhren wir von der Weihnachtskampagne „Duftende Briefkästen“. In Postämtern werden Aufkleber mit chemischen Weihnachtsdüften (u.a. Apfel, Zimt, Lebkuchen) verteilt, um Weihnachtsstimmung bei der Bevölkerung zu verbreiten.

Den Direktlink zur Pressemitteilung der Deutschen Post AG finden Sie hier

<http://www.deutschepost.de/>

Duftstoffe sind in der Lage, Allergien auszulösen, und sensibilisierte Personen können durch minimale Konzentrationen schwere gesundheitliche Reaktionen erleiden. Als Organisation für Chemikaliensensible und Allergiker sind wir erschüttert über diese Kampagne und fordern, dass diese Aktion, die sich gegen die Gesundheit von Millionen sensibler und allergischer Menschen und gegen ausdrückliche Empfehlungen deutscher Bundesbehörden richtet, umgehend eingestellt wird.

Bitte beteiligen Sie sich an unserer Kampagne gegen diese für Millionen von Mitbürgern gesundheitsgefährdende Werbeaktion der Post, die zusätzlich die Umwelt auf unnötige Weise belastet. Betroffene Personen werden sonst während der Weihnachtszeit Postämter nicht betreten können, keine Überweisungen tätigen und ihre Weihnachtspost wegen der Kontaminierung durch die duftenden Chemikalien nicht empfangen und bearbeiten können, ohne gesundheitlich schwer zu leiden.

Vielen Dank für Ihre Mithilfe. Wir würden uns sehr freuen, wenn Sie auch Ihre Freunde und Bekannten um Unterstützung bitten würden,

Silvia Mueller, CSN, email csn@allergic.de web: www.csn-deutschland.de

Anmerkung Scherrmann: Ich bekam heute eine Mail von einer Patientin, die aufgrund der unvermuteten Duftstoffattacke durch eine Postsendung in Ohnmacht fiel. Sie mailte die Post-AG an. In der Antwort stand folgende Passage: "Wir möchten Ihnen gegenüber ausdrücklich erklären, dass die in den Aufklebern enthaltenen Duftstoffe ausgiebig wissenschaftlich getestet worden sind und für die Gesundheit als unbedenklich gelten." Ich hatte heute lange versucht, telefonisch jemand zu erreichen, der dafür verantwortlich ist. Ich wollte natürlich Näheres ueber diese "ausgiebigen wissenschaftlichen Tests" wissen. Ein Herr Mueller versicherte mir, dass er sich mit mir wieder in Verbindung setzt, wenn er mehr weiss.

Es sind immer die selben Mechanismen: Die dafür Verantwortlichen meinen doch taetsaechlich mit diesem Statement, sie waeren auf der sicheren Seite. Mehr im naechsten newsletter, wenn die "Geschichte" noch weiter geht.

Sie koennen sich natuerlich auch direkt an die Post wenden z. B. unter ZentraleKundenbetreuungCR@DeutschePost.de . Ein Satz genuegt! Es waere jedoch sinnvoll an CSN csn@allergic.de eine Kopie zu schicken.

Und noch etwas, bei dem Sie aktiv werden koennen:

Es gab von HENKEL ein duftstofffreies Waschmittel mit dem Label Persil Sensitive. Ich habe dies in den letzten Jahren vielen empfohlen, insbesondere denen, die keinen Bioladen um die Ecke haben, nicht per Versand einkaufen wollen, die selber noch nicht krank sind, aber etwas fuer ihre Gesundheit tun wollen.

Nun hat das Produkt seit Juni eine neue Zusammensetzung, es laeuft noch unter dem Label "Persil Sensitive" hat aber Duftstoffe zugesetzt. Ich finde, dies ist eine Irrefuehrung der Kaeuferinnen und Kaeufer.

Inzwischen erfuhr ich, dass es einigen Kranken sehr schlecht ging, weil Freunde, Bekannte weiterhin - in gutem Glauben - dieses Produkt verwandten, nicht wussten, dass es inzwischen nicht mehr duftstofffrei ist.

Ich schrieb Henkel an und erhielt folgende Antwort: "...Die weiterhin besonders gute Hautvertraeglichkeit der Persil Sensitive MEGAPERLS® und Persil Sensitive Gel Rezepturen wurde im Rahmen eines Tests mit Mitgliedern des DAAB (Deutscher Allergie- und Asthmabund e.V.) ueberprueft und bestaetigt. Beide Waschmittel tragen seit Juni 2004 auf den Verpackungsschauseiten den deutlichen Hinweis "Haut-Allergiker-vertraeglicher Duft, entwickelt und getestet mit dem DAAB".

Ich muss sagen, ich war fassunglos. Ich schrieb an Henkel zurueck und ich schrieb an den DAAB. Die Antworten stehen noch aus.

Wenn Sie auch etwas gegen die sich immer mehr umsichgreifende Beduftung tun wollen, schreiben Sie eine kurze Mail an vinfo.waschmittel@henkel.com betreffs "Persil Sensitive" und moeglichst auch an den DAAB, email info@daab.de . Ich sende Ihnen gerne meine Mails an Frau Koester, Vorsitzende vom DAAB und meine Rueckantwort an HENKEL.

Ich bin mir sicher, es gibt viele Abonentinnen und Abonenten dieses newsletters, die meine Reaktionen ueberzogen finden, und die nicht verstehen koennen, dass viele Menschen auf Duftstoffe so heftig reagieren. Ich will es ganz direkt sagen: Wenn Sie meinen, die Reaktionen seien eine Soziophobie, eine psychische Reaktion, dann haben Sie ein Wissensdefizit bzw. lassen Sie sich von Expertinnen und Experten beeinflussen, die industrienah sind. Ich bin gerne bereit, Ihnen ein Packerl Hintergrundwissen (meist in Englisch) bzgl. Auswirkungen von Kuenstlichen Duftstoffen auf die Gesundheit (meist in Englisch) zusammen zu stellen.

Hinzu kommt, dass diese Substanzen auch ins Grundwasser gelangen. Ich denke, wer an Naturschutz interessiert ist, sollte sich auch von der sich ausbreitenden Beduftung distanzieren.

Ich will ausnahmsweise hier einige sehr private Erfahrungen einfuegen:

In meinem Verwandten-, FreundInnen- und Bekanntenkreis bat ich viele, einen Monat lang moeglichst auf alle Duftstoffe zu verzichten. Natuerlich erklarte ich ihnen auch, wie das geht, denn ganz so einfach ist dies ja nicht. Sie koennen mir glauben oder nicht: Die allermeisten benutzten auch danach keine Duftstoffe mehr und finden sie nur noch unangenehm. Auch folgendes war erstaunlich: Sie merkten auf einmal, dass ihre Kopfschmerzen, ihr Unwohlsein und viele andere Symptome auftraten, wenn sie in Kontakt mit Duftstoffen kamen. Wohlgermerkt: dies waren/sind weitgehend gesunde Menschen. Ich bin sehr gluecklich, dass ich viele lernfaehige und ruecksichtsvolle Menschen in meinem sozialen Umfeld habe, und somit nicht isoliert bin wie die meisten Menschen mit Chemikalienunvertraeglichkeiten.

Dass es auch in Deutschland moeglich ist, dass eine Gruppe von Menschen duftstofffrei zusammenkommt, erfuhr ich u. a. am letzten Wochenende: Ich spielte mit einer 60-koepfigen (hervorragenden) Blas-Musikkapelle. Ihr Dirigent bat die MusikerInnen, (wegen meiner Unvertraeglichkeiten) ohne Rasierwasser, Duftstoffe zu den Proben und zum Konzert zu kommen. Und es klappte, 100 %.

Mein Weihnachtswunsch ist, dass all die Menschen, die mich die letzten Jahre verzweifelt anmailten oder anlauteten und auch alle, die an der Parfuemierung unserer Umwelt leiden, aehnliche Erfahrungen machen wie ich: dass ihr soziales Umfeld sich ruecksichtsvoll zeigt, und merkt, dass sie sich selber etwas Gutes tun, wenn sie auf Duftstoffe verzichten. Und ich wuensche mir, dass viele EntscheidungstraegerInnen dazulernen, d. h. dass sie lernen wie schaedlich Duftstoffe fuer Mensch und Natur sind, und dass sie der sich immer weiter verbreitenden Beduftung Einhalt gebieten.

=====

FORSCHUNG

25.11.2004

Umweltmediziner stellen Zusammenhang her: Quecksilber fuehrt zu Alzheimer

Freiburg (pte, 25. Nov 2004 - Wissenschaftler der Universität Freiburg kommen in einer soeben veröffentlichten Studie zum Schluss, dass Quecksilber eine ursächliche Bedeutung bei der Alzheimer-Erkrankung zukommen kann. Die Forscher aus dem Institut für Umweltmedizin und Krankenhaushygiene <http://www.iuk-freiburg.de> haben herausgefunden, dass es besondere Empfindlichkeiten gibt, die mit einer unterschiedlichen Quecksilberentgiftungskapazität zusammenhängen.

Die Mediziner können nun anhand einer Blutmessung einen der möglichen Risikofaktoren bestimmen. "Das bedeutet, dass besondere Risikogruppen Quecksilber, beispielsweise aus Amalgamfüllungen, meiden sollten", erklärt Johannes Naumann, Leiter des Uni-Zentrums Naturheilkunde Freiburg <http://www.uni-zentrum-naturheilkunde.de>. In einer weiteren systematischen Arbeit werden nun über 1.000 wissenschaftliche Veröffentlichungen zu diesem Thema genauer überprüft. Die Forscher wollen auch andere Untersuchungen, die den Einfluss von Quecksilber auf andere Erkrankungen betreffen, genauer unter die Lupe nehmen.

Von der Alzheimer-Erkrankung ist heute fast die Hälfte der über 85-jährigen Personen in Industrieländern betroffen. Bis zum Jahr 2050 rechnen Experten damit, dass es insgesamt zu einer Vervierfachung der Patienten kommen wird. Das führt zu weiteren erheblichen Belastungen im Gesundheitssystem. Bereits vorhergehende Arbeiten haben gezeigt, dass nicht das Alter die Ursache der Erkrankung ist, sondern nur ein Faktor.

Das 2003 im Universitätsklinikum Freiburg neu gegründete Uni-Zentrum Naturheilkunde Freiburg, das sich auf verschiedene naturheilkundliche Therapien und Akupunktur spezialisiert hat, kann nun für alle Interessierten ein individuelles Risikoprofil erstellen. (Ende)
<http://www.presstext.de/pte.mc?pte=041125016>

=====

GENMODIFIZIERTES SAATGUT

25.11.04 Koexistenzprojekt mit gentechnisch verändertem Mais in Deutschland erfolgreich / Pflanzenzüchter und Züchtungsforscher kritisieren erneut Rahmenbedingungen für die Grüne Gentechnik

Göttingen (ots) - Die Gesellschaft für Pflanzenzüchtung e.V. (GPZ) nimmt die Präsentation der Ergebnisse des Erprobungsanbaus mit gentechnisch verändertem Mais zum Anlass, erneut praktikable Rahmenbedingungen für Arbeiten mit gentechnisch veränderten Pflanzen in Wissenschaft und Forschung sowie in der landwirtschaftlichen Praxis in Deutschland zu fordern.

Die GPZ repräsentiert mit ca. 750 Mitgliedern die wissenschaftliche und praktische Pflanzenzüchtung in Deutschland. "Die aktuell veröffentlichten Ergebnisse des Koexistenzprojektes mit gentechnisch verändertem Mais zeigen eindeutig, dass eine Koexistenz der verschiedenen Formen pflanzlicher Produktion in der landwirtschaftlichen Praxis grundsätzlich möglich ist. Aber überzogene Regelungen, wie vom federführenden Bundesministerium für Verbraucherschutz und Landwirtschaft (BMVEL) vorgeschlagen, widersprechen der erklärten Absicht und führen zu einem beispiellosen Innovationsstau in Pflanzenzüchtung und Landwirtschaft." so der

Präsident der GPZ, Prof. Dr. Gerhard Wenzel.

Mit dem morgen im Bundestag noch einmal zur Abstimmung stehenden Gentechnikgesetz sollen Rahmenbedingungen vorgegeben werden, die ein sinnvolles Arbeiten mit dieser chancenreichen und weltweit erprobten Technologie außerordentlich schwierig bis unmöglich machen. "Ein wesentlicher Kritikpunkt aus Sicht der Wissenschaft liegt in der Frage, ob es sich bei der Abgabe von Produkten, die Spuren aus Freilandversuchen mit gentechnisch veränderten Kulturpflanzen enthalten, um ein genehmigungspflichtiges Inverkehrbringen handelt" so Wenzel. "Sollte die Bundesregierung in dieser

Frage bei ihrer Rechtsauffassung bleiben, wäre dies für jeden Versuchsansteller ein unkalkulierbares Haftungsrisiko. Die Forschungsaktivitäten würden damit praktisch zum Erliegen kommen."

Das Gesetz suggeriert, bei der Grünen Gentechnik handle es sich per se um eine Risikotechnologie. Weltweit erarbeitete wissenschaftliche Ergebnisse sowie langjährige züchterische Erfahrungen werden in der Novelle des deutschen Gentechnikgesetzes konsequent ignoriert oder in Zweifel gezogen. Dabei berücksichtigt die Bundesregierung noch nicht einmal die durch das eigene Forschungsministerium (BMBF) mit mehreren Millionen Euro geförderten Ergebnisse der Sicherheits- und Begleitforschung.

Inzwischen werden Gelder für Forschung und Entwicklung im Bereich der Pflanzenbiotechnologie verstärkt im Ausland investiert, die Abwanderung der besten Wissenschaftler ist die Konsequenz.

"Ich kann tatsächlich nicht verstehen, wozu wir Wissenschaftler noch Wissen schaffen sollen, wenn die Ergebnisse nicht umgesetzt werden können und die erheblichen Chancen zur Bewältigung der Herausforderungen der nächsten Jahrzehnte einfach über Bord geworfen werden. Die GPZ appelliert an die Bundesregierung, sich noch einmal intensiv mit der Europäischen Kommission bezüglich einer korrekten Umsetzung der Richtlinie 2001/18 in deutsches Recht ins Benehmen zu setzen. Vor allem die jetzt vorliegenden Ergebnisse des Erprobungsanbaus müssen berücksichtigt werden. Die Wissenschaft nimmt die Ankündigung der Bundesregierung beim Wort, das Gesetz zeitnah unter Einbeziehung aktueller und wissenschaftlich fundierter Ergebnisse anzupassen", so Wenzel weiter.

Die GPZ weist außerdem den Vorwurf der Fundamentalopposition entschieden zurück, den der Staatssekretär am BMVEL, Matthias Berninger, in der Berliner Zeitung erhoben hat. Laut Berninger werde die Bundesregierung diesbezüglich entscheiden müssen, in welcher Form sie sich in diesem Bereich zukünftig noch engagieren werde. "Eine solche Drohung gegen die Wissenschaft ist völlig inakzeptabel", schloss Wenzel, "wenn Wissenschaftler ihre Sorgen über bestimmte Entwicklungen in ihrem Land nicht mehr äußern dürfen, können wir uns von unseren Vorstellungen einer offenen Gesellschaft verabschieden."

Originaltext: Gesellschaft f. Pflanzenzüchtung e.V., Digitale Pressemappe: <http://presseportal.de URL steht nicht mehr zur Verfuegung. /story.htx?firmaid=56335>

Pressekontakt: Gesellschaft für Pflanzenzüchtung e.V. , Mail: gwenzel@wzw.tum.de www.gpz-online.de

24.11.04 Monsanto begrüßt Ergebnisse des Erprobungsanbaus: Startschuss für kommerziellen Anbau von gentechnisch verändertem Mais in 2005

Düsseldorf (ots) - Monsanto begrüßt die Ergebnisse des Erprobungsanbaus mit gentechnisch verändertem Mais, die heute auf einer Pressekonferenz des Landes Sachsen-Anhalt und des InnoPlanta e.V. vorgestellt wurden.

Monsanto hatte für den Erprobungsanbau im Frühjahr 2004 das Saatgut der schädlingsresistenten Maislinie MON810 zur Verfügung gestellt. Es hat sich gezeigt, dass auch in Deutschland Koexistenz beim Anbau von gentechnisch veränderten und konventionellen Maissorten mit einfachen und praktischen Mitteln machbar ist. Die vielfach geäußerten Bedenken hinsichtlich möglicher Beeinträchtigungen durch den Anbau von gentechnisch verändertem Mais haben sich als unbegründet erwiesen.

Darüber hinaus sehen wir uns durch die Ergebnisse in unserer Ablehnung eines teilweise geforderten Haftungsfonds für angebliche ökonomische Auswirkungen des Anbaus sicherheitsbewerteter und genehmigter Sorten bestätigt. Jetzt sind vielmehr intelligente Lösungen unter Einbeziehung der Warenkette gefragt, die allen Landwirten faire Absatzmöglichkeiten eröffnen und damit echte Wahlfreiheit ermöglichen.

Monsanto bietet daher interessierten Landwirten, die im nächsten Jahr Bt-Mais einsetzen wollen, Unterstützung bei der Anbauplanung an.

Originaltext: Monsanto (Deutschland) GmbH Digitale Pressemappe: [http://presseportal.de URL steht nicht mehr zur Verfügung. /story.htx?firmaid=7848](http://presseportal.de URL_steht_nicht_mehr_zur_Verfuegung./story.htx?firmaid=7848)

Pressekontakt: Monsanto Agrar Deutschland GmbH Dr. Andreas Thierfelder , Director Public & Governmental Affairs

24.11.04 Erprobungsanbau mit gentechnisch verändertem Mais zeigt: Koexistenz ist machbar

Magdeburg/Gatersleben (ots) - Der Erprobungsanbau mit gentechnisch verändertem Mais hat gezeigt, dass Koexistenz im Anbau mit konventionellem Mais durch die Einhaltung einfacher Regeln einer Guten fachlichen Praxis machbar ist.

Dies wurde auf der heutigen Pressekonferenz der Projektträger in Berlin deutlich, auf der die vorläufigen wissenschaftlichen Ergebnisse des Erprobungsanbaus präsentiert wurden.

Bei dem in sieben Bundesländern durchgeführten Programm wurde der nachbarschaftliche Anbau von gentechnisch veränderten (gv) und konventionellen Maissorten unter Praxisbedingungen nachgebildet. Dabei wurde untersucht, ob und in welchem Maße der Anbau von gv-Mais zu wesentlichen Einträgen von gentechnisch veränderten Organismen

(GVO) in Erntepartien nachbarschaftlicher Flächen mit konventionellem Mais führen würde.

Dafür nahmen Wissenschaftler der Universität Halle in festgelegten Abständen um die Felder mit gv-Mais Ernteproben aus der mindestens 60 Meter breiten Ummantelung mit konventionellem Mais. Die anschließende Analyse gab Aufschluß über den durch Pollenflug verursachten gv-Eintrag.

Der Leiter der Untersuchungen, Prof. Dr. Eberhard Weber, stellte nun die ersten Daten vor. "Wir können nachweisen, dass der Anteil von GVO-Spuren im angrenzenden konventionellen Maisfeld mit wachsender Distanz sehr schnell abfällt. Von wesentlichen Einträgen in benachbarte Entepartien kann nur innerhalb eines direkt angrenzenden 10-Meter-Streifens gesprochen werden", so Weber. "Erntepartien in den untersuchten Streifen von 20 bis 30 Metern weisen nur noch sehr geringe GVO-Spuren auf. Ein Trennstreifen mit konventionellem Mais von 20 Metern Breite würde daher ausreichen, um wesentliche Einträge in direkt benachbarte konventionelle Nachbarfelder auszuschließen". Bei größeren konventionellen Maisflächen könne man - nach Absprache zwischen den Nachbarn - den gv-Mais sogar direkt angrenzend ohne Trennstreifen anbauen.

Diese Erkenntnis ist für einen großflächigen Anbau von gv-Sorten von großer Bedeutung. Die Landwirte wollen verhindern, dass die aus Auskreuzung resultierenden Spuren von gv-Mais in der Ernte benachbarter Felder mit nicht-transgenem Mais den Kennzeichnungsschwellenwert von 0,9 Prozent übersteigen. Dies würde zu einer Kennzeichnung des entsprechenden Erntegutes führen, weshalb die Landwirte Absatzeinbußen fürchten.

"Diese Ängste sind unbegründet", sagte Dr. Horst Rehberger, Wirtschaftsminister des Landes Sachsen-Anhalt, das die wissenschaftlichen Untersuchungen zusammen mit dem Bundesministerium für Bildung und Forschung finanziert. "Nun liegen auch aus Deutschland zuverlässige Daten vor, die bestätigen, dass die Koexistenz eben doch machbar ist."

Die Landwirte müssten frei entscheiden können, ob sie die Vorteile der modernen Biotechnologie nutzen oder ob sie weiterhin konventionelle Sorten einsetzen wollten, so Rehberger weiter. "Beide Formen der Landwirtschaft können nebeneinander bestehen, ohne dass die einen enorme Vorkehrungsmaßnahmen durchführen oder die anderen wirtschaftliche Einbußen befürchten müssen."

"Diese Erkenntnis muss nun allerdings auch umgesetzt werden, und da ist jetzt die Bundesregierung am Zug", fuhr Rehberger fort. Nach wie vor würden die gesetzlichen Rahmenbedingungen die Landwirte vom Einsatz der grünen Gentechnik abhalten. "Immerhin hat Frau Künast den Erprobungsanbau anerkannt und zugesagt, dessen Ergebnisse zu berücksichtigen - ein Wort, dem nun Taten folgen müssen!"

Auch der am Erprobungsanbau beteiligte Landwirt Harald Nitschke aus Mecklenburg-Vorpommern äußerte sich positiv. Mit Bt-Mais könne er das zunehmende Schädlingsproblem durch den Maiszünsler ohne aufwendige chemische Pflanzenschutzmaßnahmen in den Griff bekommen und damit wettbewerbsfähig bleiben. Seine Nachbarn seien nun ebenfalls an den gv-Sorten interessiert.

"Ich bin sicher, dass viele andere Landwirte gv-Mais einsetzen werden, wenn sie hören, dass sie ihren Nachbarn damit keine Schwierigkeiten bereiten", so Nitschke weiter. Bisher befürchte man vor allem hohe Entschädigungsforderungen, aber diese Sorge werde nun durch die Ergebnisse des Erprobungsanbaus ganz klar relativiert.

Dieser Auffassung schloss sich auch der Vizepräsident des Landesbauernverbandes Sachsen-Anhalt, Dr. Wolfgang Nehring, an. Wenn es gelinge, durch einfache und praktikable Maßnahmen eine wesentliche Beeinträchtigung durch GVO-Einkreuzungen bei konventionell wirtschaftenden Nachbarn zu verhindern, sei Koexistenz wirklich möglich.

In diesem Zusammenhang forderte Nehring trotz der erwarteten Erschwernisse durch die neuen gesetzlichen Rahmenbedingungen eine Fortführung des Erprobungsanbaus. Dieser könne erweiterte Fragestellungen unter Einbeziehung weiterer Marktbeteiligter behandeln.

Der Vorsitzende des InnoPlanta e.V., Dr. Uwe Schrader, bot dazu die Unterstützung von InnoPlanta an und ermutigte die Marktpartner, für das Jahr 2005 intelligente Kooperationsmodelle zu entwickeln.

Zuletzt sprach sich Prof. Dr. h.c. Lothar Späth, Vorsitzender des Aufsichtsrats der Jenoptik AG, für eine Stärkung der Gentechnik in der Landwirtschaft aus. "Es ist wichtig, dass wir den Landwirten in Deutschland mit diesen wissenschaftlichen Ergebnissen Mut machen, neue Technologien zu nutzen", sagte Späth zum Abschluss der Pressekonferenz. In der Biotechnologie stecke ein enormes Wachstumspotential, nicht nur für die neuen Bundesländer. Auf einen solchen Innovationsmotor dürfe Deutschland nicht verzichten.

Weitere Informationen sowie alle Dokumente der heute vorgelegten Pressemappe (deutsch & englisch) sind unter www.erprobungsanbau.de zu finden.

Originaltext: InnoPlanta e.V. Digitale Pressemappe: http://presseportal.de/URL_steht_nicht_mehr_zur_Verfuegung_/story.htx?firmaid=54280

Pressekontakt: InnoPlanta e.V. "Pflanzenbiotechnologie Nordharz/Börde" Dr. Uwe Schrader E-Mail info@innoplanta.com www.innoplanta.com

siehe auch unter BUNDESTAG

Anmerkung Scherrmann: Hier sollte eigentlich ein laengeres Kommentar stehen.

=====

INDUSTRIE

30.11.04 "**Umweltbotschafter**" aus aller Welt zu Besuch bei Bayer / Bayer-Vorstand Udo Oels: "**Netzwerke bilden und Ideen zu Umweltfragen austauschen**"

Leverkusen (ots) - - Querverweis: Bild wird über obs versandt und ist unter <http://www.presseportal.de/story.htx?nr=622646> abrufbar -

Ökologisch engagierte Jugendliche diskutieren mit Experten 44 junge "Umweltbotschafter" aus 12 Ländern und drei Kontinenten sind für eine Woche zu Gast bei Bayer in Leverkusen, um sich über Entwicklungen und Chancen von Umweltschutz und Nachhaltigkeit zu informieren. Die Jugendlichen und jungen Erwachsenen hatten sich in Umwelt-Wettbewerben von Bayer in den jeweiligen Ländern

mit ihren Projekten gegen über 1.100 Mitbewerber durchgesetzt und waren daraufhin zu dieser einwöchigen Studienreise nach Leverkusen eingeladen worden. "Sie haben nicht nur fundierte Kenntnisse in Umweltfragen bewiesen, sondern sie zeigen auch besonderes Engagement für die Verbesserung der Umweltbedingungen in ihren Ländern. Durch unser Informationsangebot hier bei Bayer hoffen wir, Sie in Ihrem Umweltwissen weiter zu stärken und einen Beitrag dazu leisten zu können, dass Jugendliche vermehrt in Umweltangelegenheiten weltweit eingebunden werden", sagte Dr. Udo Oels, im Vorstand des Konzerns zuständig für Innovation, Technologie und Umwelt, in seiner Begrüßungsrede.

Das Umweltbotschafter-Programm wurde von Bayer 1998 in Asien gegründet und ist inzwischen eines der Kernelemente einer Kooperation zur Jugend-Umwelterziehung zwischen Bayer und dem Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP), deren Regionaldirektor für Asien-Pazifik, Surendra Shrestha, ebenfalls nach Leverkusen gekommen war. Die Kooperation zwischen Bayer und UNEP war im Juni 2004 in einem globalen Rahmenvertrag für zunächst drei Jahre vereinbart worden. Mit diesem Abkommen, das vom Bayer-Vorstandsvorsitzenden Werner Wenning und UNEP-Exekutivdirektor Prof. Klaus Töpfer unterzeichnet wurde, ist Bayer der erste privatwirtschaftliche Partner der UNEP im Bereich Jugend und Umwelt. Neben Sachleistungen wendet das Unternehmen jährlich eine Million Euro für diese Kooperation zur Stärkung des Umweltbewusstseins junger Menschen auf.

Ihre Ansprechpartnerin: Miho Oka, E-Mail: miho.oka.mo1@bayer-ag.de

Anmerkung Scherrmann: Wie alle Menschen wissen, die sich fuer mehr Auklaerung zu "Umwelt und Gesundheit" einsetzen, ist es wichtig, ueber oekologische Probleme aufzuklaeren und sich fuer oekologische Problemlösungen zu engagieren.. Auch dass sich die Industrie daran beteiligt ist wichtig und begruessenswert. Mich wuerde interessieren, wie diese Kooperation zur Jugend-Umwelterziehung en detail aussieht.

Meine Erfahrung der letzten 10 Jahre ist,
- dass ich gerade unter den Menschen, die sich fuer den Naturschutz einsetzen, fast kein Verstaendnis oder gar Unterstuetzung fuer die Schaffung einer schadstoffaermeren Umgebung, insbesondere besserer Innenraumluft finde, und
- dass sich AkademikerInnen und insbesondere die Gruenen oder Gruenengehauchten viel schwerer tun, die Brisanz der Gesundheitsschaedigungen durch Chemikalien, Lärm, elektromagnetische und radioaktive Strahlung wahrzunehmen als z. B. ArbeiterInnen und HandwerkerInnen.
Warum dies so ist, ist fuer mich eine der Fragen, mit denen ich mich seit Jahren beschaeffige.
Vielleicht will jemand dazu mit mir in einen Dialog treten?

25.11.04

Gesunde Frauen - kranke Männer!?! / Der große kleine Unterschied oder Warum nicht jede Behandlung jedem hilft

Düsseldorf (ots) - Die koronare Herzkrankheit ist die häufigste Todesursache bei Frauen und Männern in Deutschland. 393.778 Personen sind nach Auskunft des Statistischen Bundesamtes im Jahre 2002 an Krankheiten des Herzkreislaufsystems verstorben. Der prozentuale Anteil von Herzkreislaufkrankheiten an der Gesamt-Sterblichkeit ist mit 49,2 % dabei bei Frauen deutlich größer als bei Männern (38,1%) (Statistisches Bundesamt 2004: Sterbefälle je 100.000 Einwohner. Fortschreibung des Bevölkerungsstandes und Todesursachenstatistik; vom 04.02.2004). Obwohl die erheblichen Geschlechtsunterschiede seit Jahren bekannt sind, gibt es bisher keine spezifischen Behandlungsstrategien für Männer und Frauen. Diagnostiziert und behandelt wird in der Regel auf der Basis von Erfahrungswerten sowie evidenzbasierten Leitlinien, die auf Studien beruhen, die am "30-jährigen weißen Mann" orientiert sind. Jedoch: "Frauen sind anders krank", bestätigte Prof. Dr. Herbert Schuster, INFOGEN Institut für Gesundheitsforschung und Gesundheitsmanagement, anlässlich der Pressekonferenz "Gesunde Frauen - kranke Männer!?! - Der große kleine Unterschied oder Warum nicht jede Behandlung jedem hilft", zu der Roche Diagnostics GmbH im Rahmen der MEDICA am 24. November 2004 eingeladen hatte. Damit fasste er das Dilemma in der Gesundheitsversorgung in einem Satz zusammen. So nimmt die medizinische Unterversorgung von Frauen bedrohliche Ausmaße an. Nach einer Studie der Berliner Ärztekammer sterben noch im

Krankenhaus 18% der Frauen an den Folgen eines Herzinfarkts, während dies nur für 9% der Männer zutrifft. Die Gründe sind vielfältig und noch immer nicht vollständig erkannt. "Deshalb muss das individuelle Profil der Patienten - Männer und Frauen - stärker berücksichtigt werden. Und das nicht nur im Rahmen der medizinischen Behandlung, sondern auch bei der Weiterentwicklung von Produkten und Dienstleistungen für das Gesundheitswesen und bei regulatorischen Verfahren, wie z.B. dem geplanten Präventionsgesetz", forderte Schuster und ergänzte: "Nur so kann sicher gestellt werden, dass Behandlungsstrategien optimal greifen."

Doch nicht nur die geschlechtsspezifische Therapie ist ein Desiderat an die Gesundheitsversorgung von morgen. Darüber hinaus gilt es, die individuellen Unterschiede zu berücksichtigen, mit denen Menschen auf medikamentöse Behandlungsstrategien ansprechen. Genetische Faktoren spielen dabei eine große Rolle. Neue biologische Testverfahren - wie der weltweit erste pharmakogenomische Genchip für die klinische Routinediagnostik - tragen dazu bei, den Einsatz von bestimmten Medikamenten sicherer und effektiver zu bestimmen. Dieses Wissen ist die Basis für eine auf das Individuum zugeschnittene Medizin - die Medizin der Zukunft. Experten aus den Bereichen Psychologie, Innere Medizin und Klinische Pharmakologie stellten anlässlich der Pressekonferenz neue Entwicklungskonzepte der Gesundheitsversorgung vor. Das Zeitalter der personalisierten Medizin hat begonnen.

"Personalisiert" bedeutet in diesem Zusammenhang nicht, dass jede Patientin und jeder Patient eine eigene Therapie erhalten wird. Eher wird es in Zukunft ein weitaus größeres Spektrum an Diagnose- und Therapieangeboten geben, aus dem die Ärzte die für ihre Patienten individuell am besten geeigneten Maßnahmen auswählen. Dadurch werden die Zielgruppen, für die Medikamente entwickelt werden, kleiner und spezifischer. Das ist Neuland für die Pharmazie, ermöglicht durch Innovationen der molekularen Diagnostik. Neu ist ebenfalls eine differenzierte Betrachtung von Gesundheit und Krankheit. Die alten Konzepte der Pathogenese haben als vorherrschende Modelle ausgedient. Zunehmend gewinnen salutogenetische Modelle an Bedeutung: Demzufolge sind Menschen nicht entweder gesund oder krank, sondern befinden sich auf einem Punkt eines Kontinuums und bewegen sich dabei in die eine oder andere Richtung. Gesundheit ist kein statischer Zustand, sondern wird Tag für Tag durch unterschiedlichste Faktoren beeinflusst. Dies erfordert fortdauernd Anpassungsleistungen und aktive Bewältigung. "Wir bleiben nicht automatisch in einem gesunden Gleichgewicht, sondern wir müssen den Stressoren, die uns ständig attackieren, aktiv begegnen, um unsere Gesundheit aufrecht zu erhalten", erklärt Prof. Dr. Alexa Franke, Rehabilitationswissenschaftlerin, Klinische Psychologin und Psychotherapeutin, Universität Dortmund.

Der individuelle Unterschied im Umgang mit Krankheit ist darüber hinaus auch geschlechtsspezifisch. So hat die Analyse des Berliner Herzinfarktregisters ergeben, dass nur die Hälfte aller Frauen eine Herzkathethertherapie erhalten. Bei den Männern sind dies immerhin zwei Drittel. Eine schlechtere Behandlung erfahren die Frauen jedoch nicht etwa, weil sie Frauen sind, sondern weil sie nicht in den richtigen, für die Therapie gut ausgerüsteten Kliniken versorgt werden oder zumindest erst sehr zeitverzögert dorthin gelangen. "Das verwundert nicht", so Prof. Dr. Herbert Schuster, "denn Frauen zeigen bei einem Herzinfarkt oft eine andere Symptomatik als Männer. Auch weisen Frauen mehr Risikofaktoren und Vorerkrankungen auf. Sie leiden häufiger an einem hohen Blutdruck, Übergewicht und Diabetes mellitus, was die Infarktwahrscheinlichkeit erhöht und die Prognose verschlechtert. Zu den ersten Anzeichen eines Herzinfarkt bei einem Mann gehört in der Regel Engegefühl im Brustbereich mit Ausstrahlungsschmerzen in den linken Arm. Dahingegen spüren Frauen zunächst Oberbauchbeschwerden und Übelkeit." Das führt dazu, dass bei Frauen adäquate diagnostische und therapeutische Maßnahmen häufig verspätet eingesetzt werden. Weibliche Patienten rufen auch später den Notdienst als männliche.

Frauen werden jedoch nicht nur anders therapiert; vielmehr wirken viele Arzneimittel bei ihnen auch anders. Dies hat mehrere Gründe: Zum einen haben Frauen ein meist geringeres Körpergewicht, ein anderes Verhältnis aus Fett- und Muskelmasse. Die Konzentration an Sexualhormonen im Körper beeinflusst zudem die Pharmakokinetik von Medikamenten. Für die Verstoffwechslung vieler Wirkstoffe ist ein körpereigenes Enzymsystem verantwortlich: das in der Leber lokalisierte Cytochrom P 450 (CYP 450). Die zu diesem Enzymsystem gehörenden Gene Cytochrom P450 2D6 und 2C19 sind an der Metabolisierung von rund 25 Prozent aller Arzneimittel beteiligt. Das Gen CYP2D6 kodiert Enzyme, die Antidepressiva, Psychopharmaka, Antiarrhythmika (Medikamente gegen Herzrhythmusstörungen), Schmerzmittel, Antiemetika (Medikamente gegen Erbrechen) und Betablocker (Arzneimittel, die die Neurotransmitter Adrenalin und Noradrenalin hemmen) metabolisieren; das Gen CYP2C19 kodiert Enzyme, die Antikonvulsiva (Pharmaka, die die neuronale

Aktivität vermindern und dadurch epileptische Anfälle verhindern oder unterdrücken können), Protonenpumpenhemmer (Substanzen, die die Sekretion der Magensäure hemmen), Antikoagulanzen (Hemmstoffe der Blutgerinnung), Benzodiazepine (Psychopharmaka mit sedativer Wirkung) und Malariamittel verstoffwechseln.

Hier setzt der AmpliChip CYP450-Test an, der weltweit erste pharmakogenomische Genchip mit CE-IVD-Kennzeichnung. Er analysiert die genetische Variation der beiden Gene und ermittelt aus den gewonnenen Erkenntnissen, ob ein Patient einen Wirkstoff langsam, mittel, schnell oder ultraschnell - und im Extremfall überhaupt nicht

- verstoffwechselt. Mit der Einführung des Tests in der klinischen Routinediagnostik ab Dezember 2004 wird erstmals die Wirksamkeit und Verträglichkeit bestimmter Medikamente messbar werden. Die dadurch gewonnenen Informationen können dem Arzt bei der Medikamentenwahl und Festsetzung der Dosis von Arzneimitteln helfen, die für eine optimale Wirkstoffkonzentration im Blut nötig ist. "Dies kann dazu beitragen, die Therapie individuell sicherer und effizienter zu gestalten", sagte Prof. Dr. Ivar Roots, Leiter des Instituts für Klinische Pharmakologie an der Charité, Berlin. "Angesichts der hohen Zahl von unerwünschten Arzneimittelwirkungen (UAWs) - rund 6 Prozent aller Krankenhauseinweisungen sind darauf zurück zu führen - spielt die Berücksichtigung der Pharmakogenetik in der medizinischen Praxis eine immer wichtigere Rolle. Deswegen sollten die aktuellen Entwicklungen gerade im pharmakogenetischen Bereich Eingang in die klinische Routine finden", forderte Roots.

Die Entwicklung in der personalisierten Medizin geht weiter. So werden DNA-Chips aufgrund ihrer Fähigkeit, verschiedene Varianten von Genen gleichzeitig zu bestimmen, zu einem bedeutenden Instrument für die Erforschung, Diagnose und Therapie auch von anderen Krankheiten, darunter Krebs. Mit ihrer Hilfe werden möglicherweise die Überlebenschancen von Tumorpatienten stark verbessert werden können, weil die Therapie so präziser ausgerichtet werden kann. Dazu ist es wichtig, die der Krankheit zugrunde liegenden genetischen Veränderungen zu kennen. Ein entsprechender DNA-Chip ist bei Roche Diagnostics in der Entwicklung. Darüber hinaus soll Ende des Jahres 2005 ein weiterer Gen-Chip zur Differenzialdiagnose der Leukämie eingeführt werden.

"Diese zukunftsweisende Technologie wird Roche ebenso wie die PCR-Technologie, an deren Entwicklung unser Unternehmen maßgeblich beteiligt war, weiter vorantreiben", betonte Dr. Manfred Baier, Geschäftsführer und Leiter des Vertriebs Deutschland, Roche Diagnostics GmbH. Mit seinen Kernkompetenzen Pharma und Diagnostik ist Roche führend in der Forschung und Entwicklung neuer medizinischer Lösungen, besonders in den Bereichen Biotechnologie, Genetik, Genomik und Proteomik sowie in Krankheitsfeldern wie z.B. Infektiologie, Diabetes und Onkologie. Die aktive Rolle an der Entwicklung umfassender Lösungen für die Gesundheit führt zu Veränderungen. Veränderungen im Gesundheitswesen bedeuten aber keineswegs "Revolution", sondern eine evolutionäre, konsequente Fortentwicklung hin zu aussagekräftigeren Untersuchungen und besseren, sicheren Medikamenten.

Roche mit Hauptsitz in Basel, Schweiz, ist ein global führendes, forschungsintensives Healthcare-Unternehmen mit den Schwerpunkten Pharma und Diagnostics. Mit innovativen Produkten und Dienstleistungen, die der Prävention, Diagnose und Behandlung von Krankheiten dienen, trägt das Unternehmen auf breiter Basis zur Verbesserung der Gesundheit und Lebensqualität von Menschen bei. Roche ist eines der weltweit führenden Unternehmen auf dem Diagnostikmarkt sowie der führende Anbieter von Krebs- und Transplantationsmedikamenten und nimmt in der Virologie eine Spitzenposition ein. Der Umsatz der Pharma-Division belief sich 2003 bei den verschreibungspflichtigen Medikamenten auf 19,8 Milliarden Franken und betrug in der Diagnostics-Division 7,4 Milliarden Franken. Roche beschäftigt rund 65.000 Mitarbeitende in 150 Ländern und unterhält Forschungs- und Entwicklungskooperationen und strategische Allianzen mit zahlreichen Partnern. Hierzu gehören auch Mehrheitsbeteiligungen an Genentech und Chugai. Die Division Roche Diagnostics, weltweiter Marktführer in der in-vitro Diagnostik, verfügt über ein in der Branche einzigartiges Spektrum an innovativen Testprodukten und Dienstleistungen für Forscher, Ärzte, Patienten, Kliniken und Labors auf der ganzen Welt. Roche Diagnostics Mannheim gehört zu den vielseitigsten Werken von Roche weltweit. Das Unternehmen beschäftigt in Deutschland an den Standorten Mannheim und Penzberg rund 10.000 Mitarbeiterinnen.

AmpliChip CYP450 ist eine Marke eines Unternehmens der Roche-Gruppe, Originaltext: Roche Diagnostics GmbH Friederike Herrfurth e-mail: friederike.herrfurth@roche.com Content Agentur für strategische Kommunikation GmbH, Silke Güttler, Sven Winterberg, e-mail: s.guettler@content-pr.de, s.winterberg@content-pr.de URL steht nicht mehr zur Verfügung.

Anmerkung Scherrmann:

Dieser Artikel ist meines Erachtens in vielerlei Hinsicht interessant. Zum Beispiel:

- 1) Frauen wissen und fühlen schon lange, dass sie anders reagieren als Männer. Es hat lange gebraucht, bis dies in das Blickfeld der meist männlichen medizinischen Forschung kam.
- 2) Es wird deutlich formuliert, dass bis jetzt Männer und Frauen ungleich behandelt werden.
- 3) Bis jetzt ist es üblich, das ungleiche Reagieren auf die Psyche der Frau zu schieben.
- 4) Die personalisierte Medizin hat mit Sicherheit viele Vorteile. Aber wie alle neuartigen Technologien sollte auch schon zu Beginn über das enorm hohe Missbrauchspotential diskutiert werden.
- 5) Die personalisierte Medizin verspricht ein gigantischer Markt zu werden. Warum das so ist, wird sehr deutlich formuliert: "Demzufolge sind Menschen nicht entweder gesund oder krank, sondern befinden sich auf einem Punkt eines Kontinuums und bewegen sich dabei in die eine oder andere Richtung. ... Dies erfordert fortdauernd Anpassungsleistungen und aktive Bewältigung." Das könnte bedeuten, dass viele Medikamente auch bei noch einigermaßen gesunden PatientInnen eingesetzt werden könnten. Dass dies aber auch gefährlich werden kann, wissen wir spätestens seit die jahrzehntlang propagierte Hormonsubstitution bei den Frauen "im Wechsel" genauer untersucht wurde.
- 6) Deutlich ist, wie stark die Psychologie bei der Definition "Gesund oder Krank" eingebunden ist.
- 7) Interessant ist auch, zu sehen, was Roche unter Prävention versteht, z.B. bei den 44 Dokumenten, die bei der Suche unter "Prävention" auf www.roche.de zu finden sind.
- 8) "Die Konzentration an Sexualhormonen im Körper beeinflusst zudem die Pharmakokinetik von Medikamenten." Dieser Satz ist interessant im Zusammenhang mit der Stoffwechslung von Chemikalien. Das heißt, der Schritt, die Stoffwechslung von Chemikalien zu untersuchen, ist dann eventuell nicht mehr so weit.

=====

INFOS von Organisationen

Von **PAN Germany**

Hamburg, 01.12.2004 **Detaillierte Stellungnahme von PAN Germany zum neuen „Reduktionsprogramm Chemischer Pflanzenschutz“ der Bundesregierung**

Hamburg – Die Umweltschutzorganisation Pestizid Aktions-Netzwerk (PAN Germany) hat heute eine umfassende Stellungnahme zu dem neuen „Reduktionsprogramm Chemischer Pflanzenschutz“ des Bundesverbraucherministeriums vorgelegt.

Am 1. Januar 2005 soll die Umsetzung des von Ministerin Renate Künast am 29. Oktober 2004 der Öffentlichkeit vorgestellten Pestizid-Reduktionsprogramms beginnen. PAN Germany hatte in einer gemeinsamen Stellungnahme mit dem Naturschutzbund NABU vom 29. Oktober 2004 das Maßnahmenpaket des Reduktionsprogramms grundsätzlich begrüßt, aber die geplanten Ziele, Indikatoren sowie die Ausstattung als unzureichend bewertet. Jetzt liegt eine detaillierte 15-seitige Stellungnahme von PAN Germany vor. Darin wird das Reduktionsprogramm genauer analysiert, die derzeitigen Mängel des Reduktionsprogramms aufgezeigt und Vorschläge zur Verbesserung formuliert. (939 Zeichen mit Leerzeichen)

Für Rückfragen: Carina Weber, PAN Germany Geschäftsführerin, Tel. 040-399 19 10-23 Weitere Informationen: Die Stellungnahme findet sich als Download unter: <http://www.pan-germany.org/stellung.htm> (weitere Informationen zum Thema finden sich unter: <http://www.pan-germany.org/info/pestredukt.htm>).

Pestizid Aktions-Netzwerk e.V. Please use our new mail address: <mailto:presse@pan-germany.org>
<http://www.pan-germany.org>

Vom Bundesverband Naturkost Naturwaren

18.11.04 Pestizid-Monitoring für Obst und Gemüse aus ökologischem Anbau: Qualitätsvorsprung von Naturkost bewiesen

Köln (ots) - Obst und Gemüse aus ökologischem Anbau hält, was es verspricht: Bei 92,1 Prozent aller Proben lassen sich keinerlei Pestizide oder lediglich Spuren im Bereich der Nachweisgrenze feststellen. Diese hervorragende Bilanz kurz vor Abschluss des bundesweiten Projekts "Monitoring-System für Obst und Gemüse im Naturkostfachhandel" präsentierte heute der Bundesverband Naturkost Naturwaren (BNN) Herstellung und Handel e.V. in Hamburg.

632 Obst- und Gemüseproben aus ökologischem Anbau wurden seit Juli 2003 auf Pestizide untersucht. Lediglich bei 33 Proben konnten die Labore überhaupt Rückstände feststellen. Das entspricht 5,2 Prozent. Die gesetzliche Höchstmenge wurde dabei nur von 0,8 Prozent aller Proben überschritten. Zum Vergleich: Bei konventionellem Obst und Gemüse in der EU hält laut EU-Kommission mehr als jede 20. Probe die Rückstandshöchstgrenze nicht ein.

Das Monitoring-Projekt läuft im Rahmen des Bundesprogramms Ökologischer Landbau und wird vom Bundesverbraucherschutzministerium bis Ende 2004 mit 137.000 Euro gefördert. "Die intensiven Recherchen bei Rückstandsfällen haben dazu geführt, dass auch bisher unbekannte Schwachstellen bei Anbau, Lagerung und Transport bekannt geworden sind", berichtete Elke Röder, Geschäftsführerin des BNN Herstellung und Handel. Als Beispiele für Verunreinigungen auf dem Weg der Früchte vom Feld bis zum Verkaufsregal nannte sie Fungizide aus dem Einwickelpapier für konventionelle Birnen sowie ein Oberflächenbehandlungsmittel auf einer Orange, das aus altem Waschwasser stammte.

Die Erfolge des Monitoring-Systems haben Projektteam und Naturkostbranche überzeugt. Das Projekt wird daher nach dem Auslaufen der Förderung Anfang 2005 auf freiwilliger Basis fortgesetzt. Die Finanzierung übernehmen dann die beteiligten Import- und Großhandelsunternehmen.

=====

INFO aus unterschiedlichen Quellen

02.12.2004

Tabakkonsum in jeder Form Krebs erregend Zusatzstoffe überdecken Geschmack von "Smokeless Tobacco" <http://www.presstext.de/pte.mc?pte=041202006>

01.12.2004

Krebshilfe: Passivrauchen schadet Kindern

Bonn (dpa) - Die Deutsche Krebshilfe hat an Eltern appelliert, ihre Kinder vor gesundheitsschädlichem Passivrauchen zu schützen und das Rauchen aufzugeben. In Deutschland lebten sechs Millionen Kinder im Alter bis zu sechs Jahren in...

<http://www.netdokter.de/nachrichten/index.asp?y=2004&m=12&d=2&id=116704>

Leistungsdruck: Jugendliche nehmen mehr Medikamente

Hannover (dpa) - Immer mehr Kinder und Jugendliche bekommen aus Sicht des Bremer Arzneimittel-Experten Gerd Glaeske Medikamente gegen Stress und zur Leistungssteigerung. Bei einer Fachtagung in Hannover sagte er am Dienstag, Medikamente würden zudem...

<http://www.netdokter.de/nachrichten/index.asp?y=2004&m=12&d=2&id=116706>

Warum Kirchen ein Risiko fuer die Gesundheit sind

Jetzt in der Vorweihnachtszeit gehen viele wieder häufiger in die Kirche. Doch das ist nicht ungefährlich, denn die Luft in Kirchen ist schlecht. Schlechter sogar als die Luft an Straßen, über die täglich 45 000 Autos fahren.

<http://www.aerztezeitung.de/nel/?id=336031,3746./medizin/atemwege>

Anmerkung Scherrmann: Ist interessant, dass das mal gesagt wird. Bis jetzt war dies nie ein Thema.

Internationale Statistik: Rauchen tötet jährlich fünf Millionen Menschen

Tabakkonsum war im Jahr 2000 weltweit für jeden zehnten Todesfall unter Erwachsenen verantwortlich. In den USA und Westeuropa starben sogar fast 25 Prozent der 30- bis 69-Jährigen an den Folgen des Rauchens, wie ein Forscherteam jetzt herausgefunden hat.

<http://www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/0,1518,druck-329415,00.html>

Kein Qualm mehr in Zuegen, am Arbeitsplatz, in Kneipen

In sechs Monaten soll in Portugal ein striktes Rauchverbot in Kraft treten. Geht es nach der Regierung, darf künftig weder am Arbeitsplatz, noch in Kneipen, Restaurants oder Diskotheken geraucht werden. http://www.aerztezeitung.de/nel/?id=335094,3736./politik/gesundheitsystem_and

Anmerkung Scherrmann: Wie lange noch muessen wir in Deutschland auf solch ein Rauchverbot warten?

Weihnachtsstress: Migraene-Attacken wahrscheinlicher

Marburg (dpa) - Der Stress in der Vorweihnachtszeit bedeutet fuer jeden zweiten Migraene-Patienten haeufigere Kopfschmerzattacken. Darauf weist das deutsche Gruene Kreuz in Marburg hin.

<http://www.netdoktor.de/nachrichten/index.asp?y=2004&m=11&d=25&id=116543>

Anmerkung Scherrmann: Stress spielt mit Sicherheit eine Rolle. Von Menschen mit Chemikalienunverträglichkeit ist aber auch bekannt, dass Kerzen, Terpene in Adventskränzen und Weihnachtbaeumen, Peszizide in Weihnachtssternen, Gewuerze und die zunehmende Beduftung Migräneattacken auslösen können. Es ist fuer mich immer wieder erstaunlich, wahrzunehmen, dass auf den websites zu Migräne nichts ueber Duftstoffe, Pestizide etc. als Auslöser steht.

30.11.2004

Nach 120 Jahren Forschung: Nutzen der Allergiezellen entdeckt Berlin (ots) - Mehr als hundert Jahre lang rätselten die Forscher, wie beispielsweise auch Nobelpreisträger Paul Ehrlich, über den Nutzen der im menschlichen Körper vorkommenden Allergiezellen (Mastzellen), die an allen allergischen Erkrankungen beteiligt sind. Originaltext: European Centre for Allergy Research Fou

Digitale Pressemappe: http://presseportal.de/URL_steht_nicht_mehr_zur_Verfuegung./story.htx?firmaid=55489 Pressekontakt: Europäische Stiftung für Allergieforschung European Centre for Allergy Research Foundation - ECARF Charité- Universitätsmedizin Berlin Klinik für Dermatologie, Venerologie und Allergologie Stefanie Link - stefanie.link@charite.de

19.11.2004

FDA-Mitarbeiter: "Vioxx wäre jederzeit wieder möglich" - Weitere Problem-Medikamente benannt. WASHINGTON. Auf einer Anhörung im US-Senat hat ein Mitarbeiter der amerikanischen Food and Drug Administration (FDA) schwere Vorwürfe gegen die Behörde erhoben. Das Überwachungssystem sei kraftlos ...

<http://www.aerzteblatt.de/v4/news/letterlink.asp?m=htm&id=11201&md5=acd2c7d3889264afdb70ef63a3187f36>

18.11.04

Konsum von Antidepressiva bei Kindern nimmt zu. Grossbritannien liegt mit 68 Prozent an der Spitze

London - Eine britische Studie hat einen teilweisen enormen Anstieg des Konsums von Antidepressiva bei Kindern festgestellt. Wissenschaftler der University of London <http://www.lon.ac.uk> haben die Verschreibungszahlen bei Antidepressiva zwischen 2000 und 2002 in Ländern Europas, Südamerikas und Nordamerikas verglichen. Innerhalb dieses Zeitraums lag Großbritannien mit einer Zunahme von 68 Prozent an der Spitze. Einige Medikamente wurden im vergangenen Jahr von der Verschreibung für Kinder ausgenommen. Die Forscher gehen jedoch davon aus, dass die Ärzte auf andere Präparate umsteigen werden. Die Ergebnisse der Studie wurden in den Archives of Disease in Childhood <http://adc.bmjournals.com> veröffentlicht.

<http://www.pressestext.de/pte.mc?pte=041118008>

17.11.2004

Todesfaelle in den Staedten steigen mit den Ozonwerten Verringerung um zehn ppb kann Tausende Menschenleben retten

<http://www.aerzteblatt.de/v4/news/letterlink.asp?m=htm&id=11168&md5=acd2c7d3889264afdb70ef63a3187f36>

Hauterkrankungen weiterhin häufigste Berufskrankheiten SANKT AUGUSTIN. Trotz eines Rückgangs um knapp vier Prozent sind Hauterkrankungen weiterhin die häufigsten Berufserkrankungen – nach Angaben der Berufsgenossenschaften machten sie im Jahr 2003 mit ... <http://www.aerzteblatt.de/v4/news/letterlink.asp?m=htm&id=11176&md5=acd2c7d3889264afdb70ef63a3187f36>

Anmerkung Scherrmann: Ich denke, das liegt auch daran, dass Hauterkrankungen weniger zu ignorieren sind als die Erkrankungen anderer Organe. Hauterkrankungen kann man ohne grossen Diagnostikapparat sehen.

Eine Essstörung der besonderen Art: Wenn sich das ganze Leben nur noch um "Bio" und "ohne Zusatzstoffe" dreht. So paradox es klingt: Es gibt Menschen, die krank werden, weil sie sich besonders gesund ernähren wollen. Ihre Gedanken kreisen nur noch um die richtige Auswahl gesunder Lebensmittel - mit der Folge, daß fast nichts mehr gegessen wird. Dafür gibt es seit kurzem einen neuen Begriff: Orthorexia nervosa.

<http://www.aerztezeitung.de/nel/?id=334056,3719,/medizin/ernaehrung>

Anmerkung Scherrmann: Wie manche von Ihnen wissen, sammle ich Passagen aus Gutachten. Die "schoensten" sind auf meiner site "Zeitdokumente" zu finden.

Falls jemand mit dieser Diagnose "beglueckt" wird, waere ich um Zusendung dankbar. (Im Teil A dieser site habe ich Stellen (mit Quellenangaben, also den Namen der AutorInnen) aus Publikationen, im Teil B aus privaten Gutachten (ohne Namen von Gutachtern und PatientInnen) zusammengestellt.)

16.11.2004

Einfuehrung: Britische Regierung will Rauchverbot. London (dpa) - Die britische Labour-Regierung will von 2006 an ein Rauchverbot in der Oeffentlichkeit einfuehren. Arbeitsplatz, Restaurants, Cafés und die Pubs, in denen Essen angeboten wird, sollen bis 2008 rauchfreie Zonen werden.

<http://www.netdoktor.de/nachrichten/index.asp?y=2004&m=11&d=17&id=116375>

=====

Fuer VERBRAUCHERINNEN und VERBRAUCHER

25.11.04 Lichtblick für Allergiker: Ab heute genauere Inhaltsangaben bei Fertigprodukten

Taunusstein (ots) - Ein wichtiges Datum für Lebensmittelallergiker: Am 25. November 2004 tritt die EU-Richtlinie 2003/89/EG in Kraft. Sie verpflichtet Lebensmittelhersteller dazu, auf den Produktverpackungen die Zutaten und bei zusammengesetzten Zutaten auch deren Bestandteile genauer und ausführlicher als bisher anzugeben. Laut Institut Fresenius, unter anderem spezialisiert auf Lebensmittelanalysen, wird damit die Sicherheit für Allergiker bei der Auswahl von Fertiglernsmitteln entscheidend verbessert. Sinnvoll werde die neue Richtlinie aber erst durch wirksame Kontrollen: "Mit empfindlichen analytischen Untersuchungsmethoden, die zum Teil noch entwickelt werden, kann man allergenen Bestandteilen auch in stark verarbeiteten Produkten auf die Spur kommen. Denn schon kleinste Mengen allergener Stoffe können für Allergiker riskant sein."

Nahrungsmittelallergien sind Überempfindlichkeitsreaktionen betroffener Personen gegen ansonsten harmlose Lebensmittel oder deren Bestandteile. Es handelt sich dabei um eine falsche bzw. Überreaktion des körpereigenen Immunsystems gegen bestimmte Proteine in Lebensmitteln. Klinisch manifestierte Nahrungsmittelallergien lassen sich bei etwa 1-3% der Erwachsenen und 4-6% der Kinder und Jugendlichen finden. Trotz sorgfältiger Auswahl ihrer Nahrungsmittel erleiden viele Betroffene häufig allergische Reaktionen, da das Allergie-auslösende Lebensmittel oft nicht erkennbar ist. Allergene Lebensmittel können u. a. unbeabsichtigt verzehrt werden wegen unzureichender Angaben der Bestandteile von Lebensmitteln in Fertigpackungen, aber auch durch unbeabsichtigte und technisch unvermeidbare Kontaminierung während der Herstellung eigentlich unproblematischer Lebensmittel.

Künftig müssen folgende potenziell allergene Lebensmittelbestandteile im Zutatenverzeichnis angegeben werden, wenn sie als Zutaten bei der Herstellung von Lebensmitteln verwendet werden. Dies gilt auch für allergene Bestandteile von zusammengesetzten Lebensmitteln und alkoholischen Getränken: Glutenthaltiges Getreide (Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, Dinkel etc.) sowie daraus

hergestellte Erzeugnisse; Krebstiere und Krebstiererzeugnisse; Eier und Eierzeugnisse; Fisch und Fischerzeugnisse; Erdnüsse und Erdnusserzeugnisse; Soja und Sojaerzeugnisse; Milch und Milcherzeugnisse (einschließlich Laktose); Schalenfrüchte (Mandel, Haselnuss, Walnuss, Kaschunuss, Pecannuss, Paranuss, Pistazie, Macadamianuss, Queenslandnuss) sowie daraus hergestellte Erzeugnisse; Sellerie und Sellerieerzeugnisse; Senf und Senferzeugnisse; Sesamsamen und Sesamsamenerzeugnisse; Schwefeldioxid und Sulfite von mehr als 10 mg/kg.

Für besonders wichtig halten die Analysefachleute von Institut Fresenius, dass durch die neue Richtlinie die so genannte "25- Prozent-Regel" abgeschafft wird: "Diese Regel besagte, dass Bestandteile von zusammengesetzten Zutaten, die weniger als 25% des Gewichts des Enderzeugnisses ausmachen, nicht zwingend angegeben werden mussten. Beispiel: Enthält ein Eintopf Wurststücke, dann müssen die Inhaltsstoffe der Wurst künftig auch dann angegeben werden, wenn die Wurst insgesamt weniger als ein Viertel des Produktgewichts ausmacht. Außerdem wurden bisher manche Zutaten nur sehr grob mit Klassennamen angegeben. Da stand dann beispielsweise einfach nur "pflanzliches Öl" auf dem Etikett. Wegen seiner allergenen Bestandteile muss jetzt z. B. Erdnussöl konkret genannt werden. Ähnliches gilt für Deklarationen wie "Früchte", "Gewürze", "Gemüse" oder "natürlicher Aromastoff". Die übergreifenden Klassennamen "Früchte" und "Gemüse" werden ganz abgeschafft. Die anderen allgemeinen Klassennamen wird man trotz einiger Ausnahmen wohl demnächst ebenfalls kaum noch finden. Lebensmittelallergiker können also jetzt mit viel mehr Sicherheit einkaufen."

ots-Originaltext: Institut Fresenius Chemische und Biologische Laboratorien AG, Digitale Pressemappe: <http://www.presseportal.de/>

Kontakt: INSTITUT FRESENIUS Chemische und Biologische Laboratorien AG Steffen Walter

=====
POLITIK - BEHOERDEN
=====

BUNDESTAG

Verbraucherschutz/Antwort

REGIERUNG BERÄT VERORDNUNG ZUR GUTEN FACHLICHEN PRAXIS BEI GEN-PFLANZEN

Berlin: (hib/SAS) Die Bundesregierung berät eigenen Angaben zufolge zurzeit den möglichen Inhalt einer Rechtsverordnung über die gute fachliche Praxis beim Anbau von und Umgang mit gentechnisch veränderten Pflanzen.

Die Ermächtigung für eine entsprechende Rechtsverordnung sehe das am 18. Juni 2004 vom Bundestag beschlossene Gentechnikgesetz vor. Weiter heißt es in der Regierungsantwort (15/4218) auf eine Kleine Anfrage der FDP-Fraktion (15/4070), man werte derzeit eine Vielzahl von Studien aus, bei denen die fachliche Qualität maßgeblich sei. Sie bezieht sich in ihren Ausführungen auf eine Bemerkung der Fragesteller, die eine Untersuchung des Ökoinstituts e.V. zur Aufstellung von Regeln zur Umsetzung der Koexistenz bei gentechnisch veränderten Organismen als wissenschaftlich nicht neutral moniert hatten. Das Bundesverbraucherschutzministerium hatte das Ökoinstitut nach eigenen Angaben bereits im Dezember 2003 mit einer Einschätzung darüber beauftragt, welche Regelungen zur guten fachlichen Praxis aus

seiner Sicht erforderlich sind und darüber hinaus auch Studien des Forschungsinstituts für biologischen Landbau zum allgemeinen Erkenntnisgewinn über die Koexistenz von konventionellen und gentechnisch veränderten Pflanzen herangezogen. Die Studien hätten als Grundlage für eine interne Arbeitsgruppe des Verbraucherschutzministeriums gedient, Empfehlungen zur guten fachlichen Praxis zu erarbeiten. In Zusammenhang mit der Ressortabstimmung über die Rechtsverordnung habe im September dieses Jahres auch eine Anhörung stattgefunden, an der unter anderem Experten aus öffentlichen und privaten Wissenschaftseinrichtungen beteiligt gewesen seien. Hierbei handelte es sich etwa um den Lehrstuhl für Pflanzenbau und Pflanzenzüchtung der TU München, dem Botanischen Garten der Universität Bern, das Ökologiezentrum der Universität Kiel

sowie das Öko-Institut. Die Ergebnisse der dabei erörterten pflanzenbaulichen Fachfragen sollen nun in die geplante Verordnung der Bundesregierung einfließen.

=====

Bayrisches Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucher

München, 03. Dezember 2004 **Nichtraucherschutz am Arbeitsplatz/Neues Projekt der Gewerbeaufsicht**

Wie können Betriebe den Nichtraucherschutz am Arbeitsplatz noch weiter verbessern? Denn Arbeitgeber stehen in der Pflicht, nichtrauchende Arbeitnehmer ihres Betriebes wirksam vor den Gesundheitsgefahren durch Tabakrauch zu schützen.

Wie können Betriebe den Nichtraucherschutz am Arbeitsplatz noch weiter verbessern? Denn Arbeitgeber stehen in der Pflicht, nichtrauchende Arbeitnehmer ihres Betriebes wirksam vor den Gesundheitsgefahren durch Tabakrauch zu schützen.

Hierzu gibt Gesundheitsminister Werner Schnappauf den Startschuss für ein neues Projekt der Gewerbeaufsichtsämter. Weitere Geschäftspartner sind Dr. Dietmar Klein, Leiter des Personalwesens und Dr. Emmanuel Nikolaides, Betriebsarzt von der Firma MAN im Nutzfahrzeuge-Werk München, die ihre Maßnahmen zum Schutz der Nichtraucher am Arbeitsplatz aufzeigen werden.

Foto/Bildtermin: Besichtigung eines Raucherraums mit Glastür zum rauchfreien Großraumbüro, der rauchfreien Ausbildungswerkstätte und weiteren Hilfen zum Schutz der Nichtraucher.

Medienvertreter sind herzlich eingeladen. Für Bildberichterstattung sehr gut geeignet. Um Anmeldung mit dem beiliegenden Antwortfax wird gebeten.

Weitere Informationen: <http://www.arbeitsschutz.bayern.de>

Anmerkung Scherrmann. Ein Schritt in die richtige Richtung, aber natuerlich weit zurueck hinter den britischen und portugiesischen Massnahmen.

=====

UBA - UMWELTBUNDESAMT

Berlin, den 16.11.2004

HTML: <http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-presse/2004/pd04-109.htm>

PDF: <http://www.umweltdaten.de/uba-info-presse/pi04/pd04-109.pdf>

Die Ökosteuer wirkt: positiv. Studie belegt ökologische und ökonomische Vorteile

Die Ökologische Steuerreform wirkt in die gewünschte Richtung: Entgegen vielfacher Kritik aus Wirtschaft und Politik hat die Ökosteuer positive Wirkungen für Umwelt und Wirtschaft. Dies belegen heute in Berlin vorgestellte Untersuchungen und Umfragen des Berliner Forschungsinstitutes Ecologic und des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) im Auftrag des Umweltbundesamtes (UBA). So achtet laut der repräsentativen Umfrage vom September 2004 rund die Hälfte der Befragten wegen der Ökosteuer stärker auf ihren Energieverbrauch. Auch die Wirtschaft profitiert: Die Ökosteuer begünstigt innovative, energiesparende Unternehmen und senkt die Lohnnebenkosten jährlich um rund acht Milliarden Euro.

Energie teurer - Arbeit billiger machen. Das ist der Ansatz der Ökologischen Steuerreform. Die Einnahmen aus der Steuer auf Energie flossen zu rund 90 Prozent direkt in die Entlastung der Rentenkasse. Ohne die Ökosteuer wäre der Beitragssatz zur Rentenversicherung heute 1,7 Prozent höher - betrüge also nicht 19,5 %, sondern 21,2 %. Prof. Dr. Andreas Troge, Präsident des Umweltbundesamtes, sagte: "Die ökologischen und wirtschaftlichen Vorteile der Ökologischen

Steuerreform kommen in der öffentlichen Diskussion zu kurz. Wir wollen die Debatte versachlichen - auch mit Blick auf eine Weiterentwicklung."

Beim Energieverbrauch ist mit der Einführung der Ökosteuer die Sensibilität der Bürgerinnen und Bürger gewachsen. Nach den Ergebnissen einer aktuellen, repräsentativen Umfrage von Ecologic bei privaten Haushalten im September dieses Jahres gaben 53 Prozent der befragten Autofahrer an, wegen der Ökosteuer mit weniger "Bleifuß" zu fahren oder das Auto manchmal stehen zu lassen. Auch beim Stromsparen sind die Deutschen durch die Ökosteuer aktiver geworden: Mittlerweile schalten drei Viertel der Befragten ihre elektronischen Geräte fast immer direkt am Gerät aus und lassen sie nicht mehr im Stand-by-Modus unnütz Strom verbrauchen.

In der Studie zu den Wirkungen der Ökologischen Steuerreform in Unternehmen identifizierte Ecologic zahlreiche Unternehmen, die von ihr profitieren. Vor allem personalintensive Unternehmen ziehen aus der Senkung der Lohnnebenkosten durch die Ökologische Steuerreform Vorteile. Nehmen Unternehmer die Ökosteuer zum Anlass, Energiesparmaßnahmen durchzuführen, kann dies ebenfalls dazu führen, dass sie unter dem Strich zum Gewinner der Ökologischen Steuerreform werden.

Positive Wirkungen hat die Ökologische Steuerreform auch bei Unternehmen, die energieeffiziente Produkte anbieten. So ist der Bau energiesparender Aktiv- und Passivhäuser wegen des schrittweisen, zeitlich kalkulierbaren steuerbedingten Anstiegs der Energiepreise mit der Ökologischen Steuerreform wirtschaftlich deutlich attraktiver geworden. Die Ökologische Steuerreform stärkt auch die Nachfrage nach neuen Dienstleistungsangeboten, zum Beispiel nach Energieberatungen. Dies hat unmittelbar positive Beschäftigungswirkungen zur Folge.

Bis zum Jahr 2002 wurden die Unternehmen seit 1999 per saldo durch die Ökologische Steuerreform entlastet. Neben den Dienstleistungen gehörte nach Berechnungen des DIW das Verarbeitende Gewerbe im Jahr 2002 zu den größten Gewinnern - mit einer Nettoentlastung von rund einer halben Milliarde Euro. Diese Situation änderte sich für diese Sparte erst 2003 als Folge der Verringerung der Steuerermäßigungen bei der Ökosteuer und mit der Tatsache, dass die dadurch gewonnenen Steuermehreinnahmen teilweise zur Haushaltskonsolidierung genutzt wurden - und nicht in Form geringerer Arbeitgeberbeiträge zur Rentenversicherung an die Unternehmen zurückflossen.

Wegen der Verringerung der Steuerermäßigungen wurden die Unternehmen im Jahr 2003 insgesamt netto leicht belastet. Nettozahler waren dabei die Landwirtschaft und der Verkehrssektor. Alle anderen Produktionsbereiche wurden zusammen netto weiterhin entlastet. Weite Teile des Dienstleistungssektors - wie das Gesundheitswesen oder das Kreditgewerbe - gehörten auch im Jahr 2003 zu den Gewinnern der Ökologischen Steuerreform.

Das Hintergrundpapier zu ersten Ergebnissen der Studie "Quantifizierung der Effekte der Ökologischen Steuerreform auf Umwelt, Beschäftigung und Innovation" ist im Internet unter <http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-presse/hintergrund/index.htm> veröffentlicht.

PDF: <http://www.umweltdaten.de/uba-info-presse/pi04/pd04-109.pdf>

=====

Ende des newsletter/d/74

Alle Angaben ohne Gewähr. Alle Informationen in diesem Newsletter wurden sorgfältig recherchiert. Dennoch kann keine Haftung für die Richtigkeit der gemachten Angaben übernommen werden.

Wenn Sie den newsletter/deutsch nicht mehr erhalten wollen, mailen Sie bitte "Unsubscribe newsletter/deutsch" in der Betreffs-zeile an info@safer-world.org

Ingrid Scherrmann

Fuchsfeldstr. 50, D-88416 Ochsenhausen,

phone: + 49 7352 940529,

email: info@safer-world.org , web: <http://www.safer-world.org>

SAFER WORLD ist ein privates unabhängiges internationales Internet-Netzwerk für eine gesündere Umwelt